



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/278

29. November 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Nach der gescheiterten McArthur-Offensive	S.1
Londoner Gespräche um den Suezkanal	S.3
Berlin vor einem neuen Abschnitt	S.4
Die Flüchtlingsfrage in Strassburg	S.6

Mc Arthurs Offenbarungseid

-dt. Man muss dem Telegramm General McArthurs nach Lake Success, das UNO-Oberkommando könne nun nicht mehr über die zu ergreifenden Massnahmen entscheiden, dies sei jetzt Aufgabe der Vereinten Nationen, man muss diesem Offenbarungseid des für den Kriegsschauplatz Nordkorea Verantwortlichen den Armeebefehl gegenüberstellen, mit dem McArthur am 24. November seine Truppen in die Offensive geschickt hat. Dort konnte man nicht nur von der grossartigen Vorbereitung der Offensive durch die UNO-Luftwaffe hören ("sodass der Antransport von weiteren Verstärkungen aus dem Norden stark eingeschränkt und der Nachschub von Versorgungsgütern wesentlich unterbunden werden konnte") man konnte auch von "glänzenden taktischen Bewegungen", von einem "Umfassungsvorstoss" des Ostflügels, von einer "Zangenbewegung" des Westflügels und man konnte schliesslich hören, "wenn diese Operation von Erfolg begleitet ist, so wird sie nach menschlichem Ermessen dem Krieg ein Ende bereiten". Privat liess McArthur den amerikanischen Soldaten sagen, dass sie Weihnachten zu Hause verbringen würden.

Das menschliche Ermessen war sehr einseitig, es ermass nämlich nur die eigene Kraft und liess den Gegner völlig ausser acht. Es ist sicher billig, nachher klüger zu sein, aber Generale pflegen meist zuerst zu siegen und dann zu reden. Das gilt besonders für einen Kriegsschauplatz, der so eng mit der Politik verklammert ist, wie der von Nordkorea.

Die UNO-Truppen waren bereits vor drei Wochen in einer kritischen Lage am Chongchon-Fluss, als die ersten rotchinesischen Divisionen

eingriffen und vorgepreschte UN-Einheiten, die vor sich nur die "geschlagenen" Nordkoreaner wähten, in Bedrängnis brachten. Die bedrohliche Lage wurde damals keineswegs aus eigener Kraft gemeistert, sondern einzig und allein dadurch, dass die Truppen Mao-Tse-Tungs sich über Nacht absetzten und "sparlos" verschwanden. Damit war klar geworden, dass Mao nicht nur General McArthur, sondern vor allem der UN seinen Willen demonstrieren wollte, "unter Umständen" sich in Nordkorea mit seinem ganzen militärischen Gewicht zu engagieren, dass er aber bereit sei, sich eine Zurückhaltung abkaufen zu lassen. Das ist eine politische, keine militärische Angelegenheit. McArthur hat aber die ihm gewährte (nicht selbst erkämpfte) Pause benutzt, um seine Truppen umzugruppieren und das militärische Spiel genau an dem Tag wieder aufzunehmen, da eine rotchinesische Delegation in Lake Success eintraf, um das diplomatische Spiel zu eröffnen.

Merkwürdigerweise ist das militärische fait accompli von Washington gedeckt worden; man wiegte sich dort, unterstützt wahrscheinlich von optimistischen Berichten McArthurs, in der Hoffnung, dass Mao sich mit der zugesagten Schonung der mandschurischen Grenze und der Kraftwerke am Yalu beruhigt und seine Truppen ganz zurückgezogen habe. Gleichzeitig verbaute man sich in Washington durch Ablehnung einer in die Debatte geworfenen "Pufferzone" die Möglichkeit, über den Winter den Krieg auf der Stelle fristen zu lassen und bis zum Frühjahr entweder die militärische Schlagkraft auf eine erfolgversprechende Stärke zu bringen oder den Korea-Krieg diplomatisch zu bereinigen.

Nun stehen die Vereinten Nationen nicht etwa nur die USA vor der noch nicht ganz vollendeten, aber kaum mehr abwendbaren Tatsache, dass die UNO-Front in Korea zusammenbricht. Kaum abwendbar deshalb, weil McArthur wegen der im ganzen Lande drohenden Partisanengefahr nicht in der Lage ist, Reserven aus dem Süden abzuziehen und die Front im Norden zu flicken. Die Katastrophe, ausgelöst durch die unglückliche Offensive vom 24. November, zeichnet sich in grossen Zügen ab.

Acheson wird es unter diesen Umständen schwer haben, wenn er von der UNO neue Truppen verlangen wird. Selbstverständlich hat er mit seiner Anklage recht, dass Rotchina unberechtigt in Nordkorea eingegriffen habe, und ebenso selbstverständlich kann sich die UNO das auf die Dauer nicht bieten lassen. Die Frage ist nur, ob die vorhandenen Mittel im Augenblick ausreichen, sich den notwendigen Respekt zu verschaffen. Da dies offenbar nicht der Fall war, musste man zunächst auf diplomatischem Weg eine Bereinigung, zumindest aber Zeit zu gewinnen trachten. Das hat McArthur vereitelt.

Das britisch-ägyptische Duell

f. Rascher als erwartet ist Ägyptens Ausserminister, Mohamed Salah El Din Bey, in London eingetroffen, um über den englisch-ägyptischen Suez-Konflikt zu beraten. Englandfeindliche Demonstrationen ägyptischer Studenten sind seit langen politische Fieberzeichen von besonderer Bedeutung. Die Forderung der ägyptischen Regierung auf Abzug der britischen Streitkräfte aus der Suezkanalzone, die in der Kairo' er Thronrede zur Eröffnung der neuen Session des Parlaments enthalten ist, ist zu alt, zu leidenschaftlich und zu stark vom Willen des ganzen ägyptischen Volkes getragen, als dass man diese Forderung leichtfertig abtun könnte als ein Manöver der Wafä-Regierung, um von inneren Schwierigkeiten abzulenken. Der Schutz einer strategisch so wichtigen Zone wie der des Suezkanals ist ein Anliegen nicht nur Ägyptens und Grossbritanniens, sondern auch Europas und der ganzen westlichen Welt. Die Anwesenheit britischer Streitkräfte in diesem Gebiet betrachtet die ägyptische Regierung als eine nicht mehr tragbare Beeinträchtigung der Souveränität des Landes. Sie beruht auf dem britisch-ägyptischen Vertrag von 1936, der 1956 abläuft und vorher nur durch eine Verständigung beider Vertragspartner abgeändert werden kann.

London bestreitet die Revisionsbedürftigkeit des Vertrages nicht. Es ist zu Verhandlungen bereit, die bisher, zuletzt 1946, immer gescheitert sind. Das britische Hauptargument ist dabei stets die Sicherheitsfrage. Nun ist nicht zu leugnen, dass auf das modernste ausgerüstete britische Divisionen am Suezkanal eine grössere Sicherheit darstellen, als sie die ägyptische Armee nach dem derzeitigen Stand ihrer Ausbildung und Ausrüstung garantieren könnte. Von ägyptischer Seite wird das nicht ernstlich bestritten, aber es wird mit Nachdruck und wohl nicht zu unrecht darauf hingewiesen, dass England bewusst die Ausrüstung der ägyptischen Streitkräfte aus durchsichtigen Gründen auf dem Stand einer Paradearmee halte. London hat jetzt wieder einen Beweis dafür gegeben, wie eng die militärischen Fragen mit den politischen zusammenhängen. London liefert die Ägypten bereits vertraglich zugesagten Centurionpanzer vorerst nicht. Kairo behauptet, dass es aus seiner schnell, zu schnell wachsenden Bevölkerung von heute etwa zwanzig Millionen Menschen eine wesentlich grössere Streitmacht aufstellen könne, als England am Suezkanal unterhält, falls es die Aus-

rüstung dafür kaufen könne wo es wolle.

Um die Verhandlungen mit dem ägyptischen Außenminister nicht von vornherein zu belasten, hat der englische Außenminister allzu forsche Parlamentarier, die im Unterhaus gegen Ägypten vom Leder gezogen, mit Geschick in die Schranken verwiesen, obwohl er fühlt, wie stark er unter Druck steht und wie vorsichtig er nach beiden Seiten operieren muss. London behauptet, bereit zu sein, den ägyptischen Wünschen entgegenzukommen, aber in der entscheidenden Frage des Abzuges der britischen Truppen aus dem Suezkanal ist es unnachgiebig. Bevin kann es sich nicht leisten, bei der starken britischen Erregung hier nachzugeben, zumal die Nahostpolitik seine weitaus schwächste Seite ist.

Die Situation ist zweifellos sehr ernst. Ägypten, das nach seiner kulturellen, religiösen und politischen Vergangenheit eindeutig antikommunistisch ist, wird sich in den Vereinten Nationen dem Westen solange versagen, bis seine Forderungen erfüllt sind. Dazu gehört die möglicherweise noch schwierigere Frage der Zukunft des Sudans, die nach ägyptischer Auffassung ein blosses Produkt britischer Machenschaften sind. An der Sudan-Frage ist 1946 die Unterzeichnung eines bereits paraphierten britisch-ägyptischen Abkommens gescheitert. Die Zeichen für die Londoner Verhandlungen stehen nicht gut.

Neuer Abschnitt für Berlin

P.R.Berlin, im November

Die Wahlen in Berlin am 3. Dezember schaffen zum ersten Mal nach dem Kriege ein Parlament, dessen Lebensdauer auf vier Jahre bemessen ist. Schon dies hebt die Bedeutung der neuen Vertretung und damit auch der aus ihr gewählten Stadtregierung weit über das bisherige Maß hinaus. Die einschränkenden Bestimmungen aus der alten Verfassung, zum Beispiel mit ihrer Auflage zur Blockbildung, entfallen, eine nach echten demokratischen Prinzipien arbeitende Regierung wird an die Stelle einer mehr oder weniger obligatorischen Arbeitsgemeinschaft treten, deren Fragwürdigkeit sich in den letzten Jahren mehr als einmal gezeigt hat - besonders in der Zeit des Wahlkampfes. Dabei sind in der jetzt abgelaufenen Legislaturperiode von 100 Gesetzen

99 mit den Stimmen aller Parteien verabschiedet worden, nur das Gesetz über die neue Berliner Sozialversicherung hat die Zustimmung allein der Sozialdemokraten gefunden. Ausgangspunkt für die Bewertung der Aussichten einer künftigen Berliner Regierung muss die gegenwärtige Situation der Stadt sein. Sie hat sich gegenüber der Lage vor einem halben bis drei Viertel Jahr wesentlich gebessert, sagt man hier allgemein. Durch ERP-Mittel ist eine Gesundung eingeleitet worden. Sie bezieht sich aber vornehmlich zunächst auf die Gross-Industrie und grössere Betriebe im allgemeinen. Der Produktionswert steigt, ständig, liegt aber insgesamt erst bei vierzig Prozent der Leistung des Jahres 1936, in Westdeutschland liegt er bei 105 Prozent. Die mittleren und kleineren Betriebe und das Handwerk, die einen besonders grossen Teil der Berliner Wirtschaft ausmachen, sind noch nicht aus der unmittelbaren Krise heraus, weil die ERP-Mittel nur für Investitionen verwandt werden dürfen. Der Magistrat bemüht sich z. Bt. um die Bereitstellung von Betriebsmitteln gerade auch für kleinere und mittlere Betriebe und das Handwerk. Wenn hier nachhaltig geholfen werden kann, würde man auch einen besonders erfolgreichen Schlag gegen die Arbeitslosigkeit tun können. Darüber hinaus soll das genossenschaftliche Handeln gerade für diese Art der Betriebe mit allen Mitteln gefördert werden.

Ein grosser Teil der Berliner Arbeitslosigkeit beruht auch darauf, dass Berlin seinen Charakter als Hauptstadt verloren hat und deshalb die öffentlichen Dienstleistungen weggefallen sind. Man vergisst es nur zu oft, dass Berlin einmal unter normalen Verhältnissen zu 50,9 Prozent von Dienstleistungen gelebt hat und nur zu 49,1 Prozent von der gewerblichen Wirtschaft. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist auch deshalb so besonders schwierig, weil ständig ein Strom von Flüchtlingen, vor allem während des letzten Jahres, in die Stadt geflossen ist, bis zu 15 000 in einem Monat, die zum allergrössten Teil blieben. Die Westberliner Bevölkerung hat in einem Jahr um rund 100 000 Menschen zugenommen.

Unter diesem Gesichtspunkt hat natürlich auch das Notstandsprogramm, für das 20 Mill. DM im Monat aus GARIOA-Mitteln zur Verfügung standen, nur eine kleine Hilfe schaffen können. - Diese wenigen Ziffern geben natürlich nur eine ganz rohe Skizze, sie können die Grösse und Kompliziertheit des Berliner Problems nur andeuten. Stärker als sonst irgendwo tritt die Abhängigkeit auch jedes einzelnen Teiles

Deutschlands von der internationalen Politik, von der Entwicklung des Verhältnisses zwischen den beiden grossen Machtgruppen zu tage. Aber es hat sich andererseits auch gezeigt, und im Falle Berlin besonders drastisch, dass die innere Verfassung eines Objektes der grossen Politik, wie Deutschland es heute im grösseren und Berlin im kleineren ist, mit entscheidend werden kann für Ablauf und Richtung der grossen Politik selbst.

Die Flüchtlingsfrage in Straßburg

sp. Bei den diesmaligen Beratungen in Straßburg wurden im Flüchtlingsausschuss, der über Anregung der deutschen Delegierten im September aus dem sozialen und dem Rechts-Ausschuss hervorgegangen war, Ansätze konkreter Ergebnisse erzielt. Schon die Definition des Begriffes "Flüchtling", wie sie über den Antrag des englischen Abgeordneten neton Sandys einstimmig angenommen wurde, stellt gegenüber der bisherigen Praxis einen wesentlichen Fortschritt dar: "Flüchtling ist eine Person, die in das Land, das sie verlassen hat, nicht zurückkehren will oder kann." Damit werden erstmalig auch die Heimatvertriebenen den DPs, die bisher von der IRO betreut wurden, gleichgestellt sein.

Im Sekretariat des Europarates wurde eine vorläufige Flüchtlingsbehörde mit fünf Abteilungen geschaffen, die sich mit allgemeinen, sozialpolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen, rechtlichen sowie statistischen Fragen des Flüchtlingsproblems befassen werden. An die 15 Mitgliedsstaaten des Europarates werden Fragebogen verschickt, deren Beantwortung bis zum 15. Februar 1950 terminiert ist. Sie sollen das Material für die definitive Flüchtlingsbehörde schaffen, die im März oder April nächsten Jahres zusammentreten wird.

Über Antrag des deutschen Delegierten Dr. von Golitschek (FDP) wird dabei ausdrücklich auch die Zahl der Flüchtlinge festgestellt, "die durch einseitige Erklärung eines Staates ihre ursprüngliche Nationalität verloren haben" und wieviele der Flüchtlinge in handwerklichen oder intellektuellen Berufen in die Volkswirtschaft des jeweiligen Landes eingegliedert werden konnten. Auf Grund dieser Ermittlungen will man Flüchtlinge in den noch aufnahmefähigen Ländern eingliedern. Angesichts des Mangels an Exekutivkraft für etwaige

Beschlüsse des Europarats ist allerdings von verfrühten Hoffnungen zu warnen. Dies bisherigen Versuche, deutsche Flüchtlinge in europäischen Ländern unterzubringen, waren bis auf Schweden mehr als gering.

Bedauerlich ist, dass das Plenum keine Zeit fand, das Flüchtlingsproblem ernsthaft zu debattieren. Wie brennend das Problem ist, ergibt sich aus der Zahl der Betroffenen: Neben zehn Millionen heimatvertriebener Deutscher stehen etwa 80.000 DP's (Russen, Balten, Polen, Tschechen), etwa 250.000 Italiener aus Istrien, Albanien usw., etwa 100.000 Griechen. Die Evakuierung von etwa einer Viertelmillion Türken aus Bulgarien ist für die nächste Zeit zu befürchten.

+ + +

Remilitarisierung in Uruguay.

Gr. Ein sehr gewissenhafter Chronist hat ermittelt, dass es im mittelamerikanischen Staat Guatemala in den letzten vier Jahren 50 Revolutionen gegeben hat. Das ist zwar kein Rekord, aber immerhin eine Leistung, die sich sehen lässt.

Kein Wunder daher, dass die Guatemalter mit leichter Verachtung auf die Uruguayer herabschauen, die seit den dreissiger Jahren ohne eine einzige Revolution ausgekommen sind. Das liegt nicht nur daran, dass Uruguay in den kühleren Regionen liegt. Seine Bewohner haben trotzdem ein durchaus korsikanisch-sizilianisches Temperament, wie deutlich bei den Festlichkeiten ersichtlich war, die in der uruguayischen Hauptstadt Montevideo stattfanden, nachdem die Nationalmannschaft in Rio de Janeiro die Weltmeisterschaft im Fussball errungen hatte.

Nein, es ist nicht das. Uruguay ist vielmehr so friedlich, weil es kaum ein Heer hat. Auf die gut zwei Millionen Landesbewohner kommen insgesamt 8.000 schlecht bezahlte und schäbig uniformierte Berufssoldaten, die sich keines besonderen Ansehens erfreuen. Dem Zuge der Zeit folgend, will Uruguay nun auch remilitarisieren. Und zwar auf eine originelle Art.

Statt die Zahl der Mannschaften zu erhöhen, will man das Offizierskorps vergrössern. Es wird nun über einen Vorschlag diskutiert, der die Zahl der Generale von 13 auf 54 und die der Obersten von 90 auf 213 erhöhen will. Die Leutnants sollen von 170 auf 69 reduziert werden. Es läge sicherlich nur im Sinne des Vorschlages, wenn man hinzufügen würde, dass die Gemeinen aus Gründen der Sparsamkeit abgeschafft werden sollen.

+ + +

Verantwortlich: i.A. Josef Schmidt.